Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
was für eine Woche liegt hinter uns... bei mir wurden ab Dienstag bis Freitag alle Termine gecancelt, weil unser Junior richtig heftig krank war und das „Betreuungssystem“ in diesem Fall nicht erfolgsversprechend für den Genesungsprozess schien. Von daher bitte ich um Euer Verständnis für die kurzfristigen Absagen.
In Brasilien dagegen hagelte es keine Absagen, sondern Tore. Fulminanter Einzug von Jogis Jungs ins Finale mit 7:1 gegen Brasilien. Nun heißt es „auf dem Teppich bleiben“, Ruhe bewahren und am Sonntag gegen Argentinien konzentriert aufspielen. Dann könnte das Sommermärchen 2014 wahr werden... Drücken wir die Daumen!
Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

NSA-Spionage: Das Maß ist voll

Mit der Enttarnung und Festnahme eines Mitarbeiters des Bundesnachrichtendiensts, von dem die Amerikaner geheime Dokumente gekauft haben sollen, fing die jüngste Spionage-Affäre an. Nun ermittelt die Bundesanwaltschaft auch gegen einen mutmaßlichen Spitzel im Verteidigungsministerium.
Hier einige O-Töne aus Partei & Fraktion:
„Ich bin entsetzt über die neuesten Enthüllungen über US-Spionage in unserem Land“, so SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi am Mittwoch in Berlin. Sollten sich die Vorwürfe als wahr erweisen, sei „das Maß voll“. Die Sozialdemokratin machte deutlich: „Als souveränes Land und enger Verbündeter lassen wir uns einen solchen Vertrauensbruch nicht bieten.“
Fahimi forderte die US-Regierung auf, sofort jegliche Spionagetätigkeit gegen Deutschland einzustellen. „Wir sind Partner und Freunde – wir spionieren uns nicht gegenseitig aus.“ Deshalb verlangte die Generalsekretärin: „Die US-Geheimdienste müssen das Botschaftspersonal, das in solche Agententätigkeiten involviert ist, rasch aus Deutschland abziehen.“
Auch SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann erwartet von den Amerikanern, dass sie jetzt „reinen Tisch machen“. Gegenüber Spiegel Online wurde der SPD-Mann sehr deutlich: "Die Spionageaktivitäten der USA werden zu einer schweren Belastung für das deutsch-amerikanische Verhältnis." Er bezeichnete es als ein „entwürdigendes Schauspiel“, wenn die amerikanischen Geheimdienste nun wochenweise beim Spionieren erwischt würden. Der SPD-Politiker sieht die transatlantische Partnerschaft bedroht. "Vertrauen ist eine Säule der Freundschaft. Die USA sollten achtgeben, dass sie nicht komplett einstürzt", sagte der SPD-Politiker.
Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) verlangte gegenüber der „Saarbrücker Zeitung“ (Mittwoch) eine schnelle Aufklärung – und die Unterstützung der Amerikaner dabei. Das Abhören müsse selbstverständlich sofort aufhören: „Es wäre höchst beunruhigend, wenn es munter mit dem Bespitzeln weiter ginge, während wir gerade dabei sind, die NSA-Abhöraktivitäten aufzuarbeiten und dafür im Bundestag einen Untersuchungsausschuss eingerichtet haben“, so der deutsche Chef-Diplomat.
Steinmeier setzt darauf, bald Gewissheit zu haben, ob, wie und mit welcher Intensität sich amerikanische Geheimdienste illegal Informationen beschafft haben. „Davon wird abhängen, wie wir auf solche Aktivitäten reagieren werden“, sagte Steinmeier auf die Frage, ob Mitarbeitern der US-Botschaft der Diplomatenstatus entzogen werde.

Fraktion

Bilanz der ersten 6 Monate in der GroKo

Unsere Bilanz nach sechs Monaten Arbeit als Regierungsfraktion kann sich sehen lassen. Das ist gut für unser Land und für die Bürgerinnen und Bürger. Mit der Broschüre "Gesagt. Getan. Gerecht" hat die Fraktion eine Zwischenbilanz vorgelegt, die bestellt oder herunter geladen werden kann. Kein Lohn unter 8,50 Euro pro Stunde. Abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren. Höhere Mütterrente. Mehr Rente bei Erwerbsminderung. 9 Milliarden Euro zusätzlich für Kitas, Schulen, Hochschulen und Forschung. Mehr Geld für Kommunen und Städtebau. Doppelpass für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern. Volle steuerliche Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften. Reform der Förderung erneuerbarer Energien für sicheren, sauberen und bezahlbaren Strom. In gerade einmal einem halben Jahr hat die SPD-Bundestagsfraktion in der Großen Koalition bereits mehr auf den Weg gebracht als die vorherige schwarz-gelbe Bundesregierung in einer ganzen Legislaturperiode. Unsere Bilanz nach sechs Monaten parlamentarischer Arbeit als Regierungsfraktion kann sich sehen lassen. Sie zeigt: Die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung sind die treibende Kraft dieser Koalition. Das ist gut für unser Land und für die Bürgerinnen und Bürger. Wir haben in den Koalitionsverhandlungen viele sozialdemokratische Forderungen durchsetzen können, die das Leben der Menschen verbessern, unsere Gesellschaft modernisieren und Deutschland voranbringen. Gesagt, getan, gerecht!

Finanzen

Erbschaftssteuer muss bleiben

Die Erbschaftsteuer ist eine Frage der Gerechtigkeit. Sie muss erhalten bleiben. Dazu gehört aber, dass sich auch große Unternehmen und besonders Reiche an die Spielregeln halten. Das Ziel eines guten Generationenwechsels im Betrieb muss weiterhin Bestand haben.In Karlsruhe ging es diese Woche um mehr als nur juristische Fragen zur Erbschaftsteuer – es ging um eine zentrale Frage der Gerechtigkeit. In den kommenden Jahren wird in Deutschland ein dreistelliger Milliardenbetrag vererbt werden. Wir wollen das gegenwärtige Aufkommen aus der Erbschaftsteuer für die Länder in Höhe von etwa vier Milliarden Euro jährlich mindestens erhalten. In Deutschland ist der Anteil des Steueraufkommens aus Vermögenssteuern verglichen mit anderen EU-Mitgliedstaaten oder den USA zu gering. Für die Länder sind diese Einnahmen aber wichtig, um beispielsweise Kitas, Schulen, Polizei und einen guten öffentlichen Nahverkehr zu finanzieren.

Für die SPD ist entscheidend, dass sowohl die Freibeträge für private Erben erhalten bleiben als auch für Familienunternehmen sowie kleine und mittlere Betriebe der Generationenübergang und der Erhalt von Arbeits- und Ausbildungsplätzen nicht durch Besteuerung erschwert wird.

Dazu gehört aber, dass sich auch große Unternehmen und besonders Reiche an die Spielregeln halten und das Ziel eines guten Generationenwechsels nicht durch Gestaltungsmöglichkeiten missbrauchen.

Der Bundesfinanzhof hat gewichtige Fragen aufgeworfen, etwa, ob besonders reiche Erben unter missbräuchlicher Ausnutzung von Ausnahmen für Unternehmen sich ihrer Gemeinwohlpflicht entziehen. Der Betriebsübergang auf die nächste Generation darf nicht zum Totschlagargument für unredliches Verhalten werden. Ebenso wenig darf der Sport einiger Reicher unterstützt werden, so viel Geld wie möglich am Fiskus vorbei zu manövrieren.

Das Bundesverfassungsgericht wird die Fragen juristisch klären müssen. Politisch werden wir dafür sorgen, dass richtige und wichtige Ziele des Gesetzgebers nicht von einigen wenigen ausgehebelt werden können, die nur aufs eigene Portemonnaie schauen.

Verkehr

PKW-Maut – Die Quadratur des Kreises?

Aus dem vorgelegten Konzept einer Pkw-Maut muss jetzt ein Gesetzentwurf werden, der die Leitlinien des Koalitionsvertrags erfüllt: deutsche Autofahrer dürfen nicht belastet werden und er muss mit EU-Recht vereinbar sein.

„Pünktlich zur Sommerpause hat Minister Dobrindt sein Konzept zur Einführung einer Pkw-Maut vorgelegt. Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt das, es gibt uns ausreichend Zeit zur ruhigen und besonnenen Prüfung seines Vorschlags. Wir wollen dem Gesetzentwurf nicht vorgreifen. Die Leitlinien ergeben sich aus dem Koalitionsvertrag: Es darf keine Belastung für deutsche Autofahrerinnen und Autofahrer daraus resultieren, und die Pkw-Maut muss europarechtskonform sein. Wir verlassen uns auf die Arbeit des Fachministeriums und werden diese konstruktiv begleiten.

Die Pkw-Maut ist nicht unser Wunschthema, aber sie ist Bestandteil des Koalitionsvertrages, zudem wir stehen. Die Pkw-Maut muss, wenn sie kommt, einen Beitrag zur dringend überfälligen Sanierung der Infrastruktur in Deutschland leisten. Erhebungskosten und -aufwand müssen in einem vernünftigen Verhältnis zum zu erwartenden Ertrag stehen.

Bildung

Bildungsteilzeit ist innovativ

Die IG Metall fordert im Rahmen ihrer Verhandlungen für 3,7 Millionen Beschäftigte der Metall- und Elektroindustrie Teilzeitmodelle für Weiterbildungszeiten. Die SPD-Bundestagsfraktion sieht hierin ein wegweisendes innovatives Konzept. Weiterbildung ist gerade in Zeiten von Fachkräftemangel und einem Wandel in der Berufs- und Arbeitswelt von entscheidender Bedeutung.

„Die Forderung nach einer Bildungsteilzeit, wie sie in die bevorstehende Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie für 3,7 Millionen Beschäftigte von der IG Metall eingebracht wird, ist ein hochinnovatives und wegweisendes Konzept. Nach dem Vorbild der Altersteilzeit sollen sich Arbeitnehmer dabei nach zwei Jahren im Unternehmen freistellen lassen können, um bei gleichzeitigem Lohnausgleich beispielsweise eine Ausbildung, eine Aufstiegsfortbildung oder auch eine akademische Weiterbildung absolvieren zu können.

Wichtig ist dabei, verbindliche Rahmenbedingungen zu vereinbaren. Beispielsweise die Einzelheiten der Kostenübernahme von bezahlter Freistellung bis zu angesparten Zeitguthaben. Auch die Form der Beschäftigungsgarantie nach der externen Weiterbildung ist ein wichtiger Eckpunkt, der jetzt ausgehandelt werden muss.

Die Verhandlungsführungen von der IG Metall und der Arbeitgeberseite können hier erneut Pionierarbeit für mehr Arbeitnehmerrechte durch Tarifvereinbarungen und einen zukunftsorientierten Umgang mit dem demographischen und technologischen Wandel leisten. Aktives Gestalten ist schließlich besser als bloßes Verwalten. Weiterbildungen steigern Chancen zur fortwährenden Teilhabe am Berufsleben und fördern die Entwicklung individueller und chancenreicher Berufswege. Laut Trendbericht zum Weiterbildungsverhalten des BMBFs aus 2011 nimmt etwa die Hälfte aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an Weiterbildungsveranstaltungen im Laufe des Erwerbslebens teil. Dabei besteht in Zukunft ein besonders großer Bedarf nach längeren Weiterbildungen. Aktuell sind tatsächlich fast 70 Prozent aller Weiterbildungen, an den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer teilnehmen, lediglich wenige Tage kurz. Tarifvereinbarungen könnten hier die notwendigen längeren Weiterbildungen, von der umfassenden Anpassungsfortbildung über den nachträglichen Erwerb eines ersten vollwertigen Berufsbildungsabschlusses bis zur hochqualifizierten Aufstiegsfortbildung im Sinne einer Meister- oder Fachwirte-Qualifikation mit Bildungsteilzeit erleichtern und stärken. Eine solche Verbesserung der Qualifikation und Bildung liegt dabei nicht nur im Interesse des einzelnen Beschäftigten und des beteiligten Unternehmens, sondern der gesamten Wirtschaft und Gesellschaft: schließlich ist das Fachkräftepotential das größte wirtschaftliche Kapital, das wir in Deutschland haben.

Bonbon

„Da steht eher der menschliche Aspekt im Vordergrund, weniger der politische. Vor allem ist jetzt wichtig, dass die Staatsanwaltschaft die Vorwürfe möglichst schnell und umfassend aufklärt."

(Thomas Oppermann auf die Fragen, wie groß der politische Schaden sei durch Causa Hartmann)

Termine

13.07.14	*14.00 Uhr*	*Verabschiedung PPPler, Bitzen*
	16.00 Uhr	**Schützenumzug Wissen**
14.07.14	*15.00 Uhr*	*Sitzung WFG, Altenkirchen*
	17.30 Uhr	*SGK Jahrestreffen*
15.07.14	*9.30 Uhr*	*Springkrautbekämpfung Puderbach*
	18.00 Uhr	*SPD-Präsidium, Mainz*
16.07.14	*11.00 Uhr*	*Bundeswehrsozialwerk, Bonn*
18.07.14	*11.45 Uhr*	*Blaue Couch, Diakonie, RLP Tag*